

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

120 (26.5.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.)  
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatslisten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 26. Mai 1951

9r. 120

### Generalstaatsanwalt verlangt Exekution

Magee kämpft um die Rotjacken — Mehrmonatiger Aufschub vielleicht möglich

Washington (UP). Der stellvertretende amerikanische Generalstaatsanwalt Philip Feriman gab bekannt, er werde beim Bundesdistriktsgericht in Washington einen Antrag einreichen, wonach die Hinrichtung der sieben zum Tod verurteilten Landsberger stattfinden soll.

Trotzdem wird der amerikanische Rechtsanwalt Warren Magee es durch seine Bemühungen vielleicht erreichen, daß die Hinrichtung um mehrere Monate verschoben wird. Am nächsten Montag wird Magee in Washington vor dem Bundesdistriktsrichter Walter M. Bastian seine Zivilklage gegen Außenminister Acheson und Verteidigungsminister Marshall vertreten. Magee wird dabei argumentieren, die USA dürften die Sieben nicht hinrichten lassen, da sie normale Beziehungen mit der Bundesrepublik unterhalten, in der die Todesstrafe abgeschafft worden ist. Als Vertreter der amerikanischen Regierung wird der stellvertretende Generalstaatsanwalt Feriman vor dem Bundesdistriktsgericht auftreten.

Wenn das Gericht die Klage Magees abwiesen oder sich für unzuständig erklären sollte, wird Bastian den Aufschub der Hinrichtung für beendet erklären. Magee hat aber bereits angekündigt, daß er in diesem Fall Einspruch erheben und seine Klage der nächsten Instanz, dem Bundesberufungsgericht in Washington, vorlegen wolle. Sollte aus dieses sich ablehnend verhalten, will Magee bis vor das Oberste Bundesgericht gehen. Dieses ganze Verfahren kann Monate dauern, zumal das Oberste Bundesgericht sich am nächsten Montag bis zum Oktober verziehen will. Während der Gerichtsferien ist es nicht möglich, vor diesem Gericht vorstellig zu werden. Doch kann ein Rechtsanwalt an einen der Richter herantreten und von ihm einen Hinrichtungs-aufschub erreichen, bis das Gericht im Herbst wieder zusammentritt und den Fall prüfen kann.

## Ist der Schumanplan gesichert?

Mehrheit in allen Parlamenten wahrscheinlich — Ratifizierung kaum vor Jahresende

Bonn (UP). Der Vertrag über den Schumanplan wird wahrscheinlich nicht vor Ende dieses Jahres von allen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Montan-Union ratifiziert sein, geht aus einer Umfrage der United Press in den Hauptstädten der Schumanplan-Länder hervor.

In fünf der sechs Union-Staaten ist die Beratung des Vertragswerkes in den Parlamenten auf die Zeit nach den Sommerferien verschoben worden. Nur Belgien scheint den Versuch unternommen zu wollen, noch vorher die Zustimmung der Volksvertretung zum Schumanplan zu erwirken.

Aber selbst wenn die Parlamente dem umfangreichen Dokument ihre Zustimmung erteilt haben, werden die Bestimmungen des Vertragswerkes erst in der sogenannten „Normalzeit“ voll wirksam werden, die vermutlich nicht vor Mitte 1957 beginnt. Der Ratifizierung schließt sich eine halbjährige Anlaufzeit zur Bildung der verschiedenen Organisationen an. Dann folgt eine Übergangszeit von etwa fünf Jahren, in denen alle Maßnahmen beseitigt werden sollen, die einem einheitlichen Markt entgegenstehen.

Trotz dieser Verzögerung kann — so läßt die Umfrage in Brüssel, Paris, Rom, Luxemburg, dem Haag und Bonn weiter erkennen — mit einer großen, wenn nicht gar einer überwältigenden Mehrheit für den Schumanplan gerechnet werden. Das Vertragswerk wird voraussichtlich von allen Mitgliedparlamenten ratifiziert. Eine europäische Probeabstimmung fand übrigens statt, als sich das Straßburger Europa-Parlament mit 80 gegen sieben Stimmen bei neun Enthaltungen für den Schumanplan-Vertrag aussprach. Nur die deutschen Sozialdemokraten stimmten dagegen.

In Bonn geht das Ratifizierungsgesetz in den nächsten Tagen dem Bundeskabinett zu

und wird dann dem Bundesrat und Bundestag übermittelt. Politische Kreise rechnen nicht damit, daß noch vor den Parlamentsferien eine ausführliche Behandlung des Vertragswerkes im Bundestag erfolgt.

Der Hauptausschuß der FDP hat allerdings eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, von deren Erfüllung die Ratifizierung des Schumanplans abhängig gemacht werden soll. Unter ihnen befindet sich die Forderung, im Bereich der chemischen sowie der Eisen- und Stahlindustrie wieder klare privatwirtschaftliche Verantwortlichkeiten zu schaffen. Jeder weitere Eingriff der Alliierten in die deutsche Grundstoffindustrie müsse nunmehr unterbleiben, nachdem die Bundesregierung „als Zeichen ihres guten Willens“ schon die IG-Entschaffung und die Neugestaltung der Stahlgesellschaften hingenommen habe. Insbesondere müßten die Stahl- und Kohlekontrollgruppen verschwinden.

Die jüngste Entwicklung an der Saar habe die Atmosphäre für die Ratifizierung des Schumanplans nicht verbessert, betonte ein FDP-Sprecher. Das DPS-Verbot und der Brief des französischen Außenministers an den Saarpremier seien vor allem deshalb zu bedauern, weil sie sowohl der Präambel des Schumanplans als auch der Straßburger Konvention über die Menschenrechte entgegenstünden. Außerdem befänden sich diese Ereignisse in krassem Widerspruch zu dem Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Schuman über die Saar.

### Schuldenkonferenz am 25. Juni in London

Frankreich, Großbritannien und die USA haben der deutschen Bundesregierung die Teilnahme an einer internationalen Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandsschulden vorgeschlagen. Die Schuldenkonferenz soll am 25. Juni in London zunächst ohne deutsche Beteiligung beginnen und den Charakter einer „informellen Vorbesprechung“ haben. Nach der Mitteilung der Alliierten Hochkommission wird die Bundesregierung erst am 5. Juli an der Konferenz teilnehmen, zu der Belgien, Holland, Schweden und die Schweiz Beobachter entsenden werden. Der Bundesregierung wurden gleichzeitig von den 3 alliierten Regierungen detaillierte Vorschläge für das bei der Schuldenkonferenz einzuschlagende Verfahren übermittelt, die auch den Regierungen der 85 anderen an einer Schuldenregelung mit Deutschland interessierten Staaten zugesandt wurden. In einem der Bundesregierung zugeleiteten Kommuniqué der Regierungen der drei Westmächte wird schließlich eine Sitzung der „interessierten Parteien“ für Herbst dieses Jahres in London vorgeschlagen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung haben die Alliierten eine Dreimächtekommission für deutsche Schulden eingesetzt, mit der Vertreter Bonn schon ab 5. Juni Vorbesprechungen führen sollen.

### 4 Monate Gefängnis für Remer

Wegen übler Nachrede

Verden (UP). Die Zweite Große Strafkammer des Landgerichtes Verden/Aller verurteilte den zweiten Vorsitzenden der „Sozialistischen Reichspartei“, den früheren Generalmajor Ernst Remer, wegen übler Nachrede gegen Mitglieder der Bundesregierung zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sieben Monate beantragt.

Landgerichtsdirektor Dr. Pary wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß in der Äußerung Remers, er sei bereit, den grauen Rock sofort wieder anzuziehen, wenn sämtliche Bundesminister sich hinter dem eisernen Vorhang als Fallschirmjäger absetzen ließen, der Vorwurf der Feigheit liege. Diese Äußerung sei eine Beleidigung. Außerdem habe der Angeklagte es als Tatsache hingestellt, daß sich die Bundesregierung für den Fall eines kommunistischen Einmarsches Ausweichquartiere in London besorgt habe. Dies Behauptung sei dazu angetan, die Bundesregierung in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

Mit der Äußerung, daß der Bundeskanzler oder die Bundesregierung Befehlsgewalt über die Alliierten sei, habe Remer dem Bundeskanzler und der Bundesregierung eine herabwürdigende Stellung unterstellt, da sich die Bundesregierung immer bemüht habe, Verhandlungen mit den Westmächten zu führen. Der Anklagepunkt, daß Remer behauptet hätte, die deutsche Jugend würde nur deshalb den Westalliierten als Soldaten angeboten, um die Ministeressel in Bonn zu halten, wurde fallengelassen, da die Zeugnisaussagen zur Begründung der Anklage nicht ausreichten. Insgesamt wurden 25 Zeugen vernommen.

Der Verteidiger hatte für Remer als Parteiführer das Recht zur Kritik in Anspruch genommen und Freispruch gefordert. Remer warnte in einem Schlußwort das Gericht davor, „ein politisch gewünschtes Urteil zu sprechen“.

Der Weltkirchenrat hat für den 18. Juli eine europäische Laienkonferenz nach Bad Boll einberufen.

## Adenauer empfing Schumacher

Schwabende Tagesfragen erörtert — Auch Bartram beim Kanzler

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer und der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher hatten am Freitagmorgen in Bonn eine Unterredung von neunzig Minuten. Nach der ersten Besprechung zwischen dem Kanzler und dem Oppositionsführer seit Unterzeichnung des Schumanplanes und den Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, ließ Dr. Adenauer der Presse mitteilen: „Es sind verschiedene schwabende Tagesfragen erörtert worden.“

Beim Verlassen des Kanzleramtes erklärte Dr. Schumacher auf die Frage eines Pressevertreter, eine eventuelle Absetzung der im Bundestag vorgesehenen Saardebatte sei nicht erwähnt worden. Sie werde wohl zu dem vorgesehenen Termin am kommenden Mittwoch vor dem Plenum stattfinden. Wie Dr. Schumacher weiter ausführte, ist ein weiteres Treffen zwischen dem Bundeskanzler und ihm nicht vereinbart worden.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Walter Bartram, hatte ebenfalls eine mehrstündige Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Adenauer im Palais Schaumburg. Von informierter Regierungssseite erfuhr man, daß in erster Linie Flüchtlings- und Grenzprobleme sowie die Finanzlage des Landes erörtert wurden.

### Kabinett beriet Saarproblem

Das Bundeskabinett erörterte die durch das Verbot der saarländischen Oppositionspartei geschaffene Lage und beschäftigte sich in diesem Zusammenhang vor allem mit dem Eingreifen des französischen Außenministers in die inneren Angelegenheiten des Saarlandes. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Form und der Inhalt einer Regierungserklärung zur Saarfrage diskutiert, die am kommenden Mittwoch durch Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer persönlich oder aber durch den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, als Antwort auf eine Interpellation im Bundestag abgegeben werden soll. In unterrichteten Kreisen will man wissen, daß in dieser Erklärung eine Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und die Beachtung der Grundfreiheiten an der Saar gefordert wird.

### FDP erstrebt Stärkung des Bundes

Frankfurt (UP). Im Namen der FDP-Fraktion forderte ihr Vorsitzender August Martin Euler, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt eine weitere Stärkung der Kompetenz des Bundes gegenüber den Ländern durch Ausbau von sechs verschiedenen Bundesverwaltungen. Die zunehmenden weltpolitischen Spannungen hätten auch steigende Anforderungen an die Volkswirtschaft des Bundes zur Folge und erforderten eine starke Konzentrierung der politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Euler verwies dabei auf die zunehmenden Verteidigungskosten und die Angleichung von Löhnen und Gehältern an die Preise.

Die Fraktion der FDP habe verschiedene

Anträge vorbereitet, von denen vier bereits dem Bundestag zugeleitet worden seien. Mit der vorgeschlagenen Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung und eines einheitlichen Veranlagungssystems könnten nach vorsichtigen Schätzungen von Fachleuten zusätzlich mindestens 1,5 Milliarden aufgebracht werden. Eine Bundesversorgungverwaltung sei dringend erforderlich, um die berechtigten Ansprüche der Kriegsoberer zu befriedigen. Die Behandlung der Rentenansprüche bezeichnete Euler als „skandalös“.

Durch eine Bundesarbeitsverwaltung könnten nach Ansicht des Bundesarbeitsministers Storch mindestens 300 Millionen DM jährlich gespart werden. Die augenblickliche Situation in den Landesarbeitsverwaltungen sei „himelsschreiend“. Auch eine Bundesvertriebenenverwaltung sei angesichts der Fortschritte des Flüchtlingsausgleichs zwingend notwendig. Für eine Bundespolizeiverwaltung trete die FDP schon deshalb ein, um eine schnelle und starke Abwehr gegen die kommunistische Infiltration zu garantieren. Schließlich empfahl Euler noch die Schaffung einer Bundesnotenbank.

### Bundesrat

stimmt Butterpreiserhöhung zu  
Verlängerte Fristen für vertriebene Beamte — Mindestarbeitsbedingungen sollen festgelegt werden

Bonn (UP). Der Bundesrat stimmte einer Erhöhung des Butterpreises auf 6,34 DM je Kilo zu. Die von der Bundesregierung vorgelegte und vom Bundesrat gebilligte Verordnung sieht ferner die Erhöhung der Milchpreise um durchschnittlich drei Pfennig pro Liter vor.

Eine von Staatspräsident Dr. Müller (Württemberg-Hohenzollern) vorgeschlagene Subventionierung des Butterpreises auf Kosten der Margarine-Subventionierung wurde von Staatssekretär Dr. Sonnemann, dem Vertreter des Bundesernährungsministers, als „unmöglich und untragbar“ bezeichnet. Auch die angeregte Begrenzung der Preiserhöhung auf den Werkmilchpreis wurde vom Regierungsvertreter abgelehnt; da hierdurch ein fühlbarer Mehrerlös lediglich einem eng begrenzten Teil der Landwirtschaft zugute käme.

Weiter verabschiedete der Bundesrat eine Änderung des „Gesetzes über die Rechtsstellung und Versorgung der vertriebenen Beamten und ehemaligen Berufssozialisten“. Danach soll die Frist für die Erfüllung der Einstellungsquote von vertriebenen Beamten bei den Kommunalbehörden von drei Monaten auf ein Jahr verlängert werden. Bei Nichterfüllung sind nach dem Gesetz Ausgleichsbeträge zu zahlen.

Dem „Gesetz zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes“ wurde zugestimmt. Es wurde jedoch damit eine dringende Mahnung an die Bundesregierung zur baldigen Verabschiedung eines „Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen“ verbunden.

### Blick in die Welt

#### Kommentare zum Tagesgeschehen

In Brüssel findet zur Zeit ein Prozeß statt, dem zwar nur theoretische Bedeutung zukommt, weil kein Angeklagter zur Stelle ist und das Gericht sozusagen nur privatjuristisch fungiert, aber sein Verlauf ist darum nicht minder interessant. Das Richterkollegium besteht aus deutschen, französischen, holländischen, belgischen und spanischen Juristen, vor denen das „Internationale Komitee zur Bekämpfung der Konzentrationslager“ als Kläger „gegen Regierungen, die KZ-Lager unterhalten“, auftritt. Die Rolle des „Staatsanwalts“ übernahm der französische Schriftsteller Rousset.

Eine stattliche Zahl von Zeugen erschien schon vor den Schranken dieses Gerichts im Palais Egmont; sie alle berichteten wahrhaft grauenhafte Dinge. Einer von ihnen war auf der Slowaki-Insel, auf der 1927 von 20 000 Häftlingen 2000 an Hunger und Entbehrungen starben. Ein anderer schilderte die Not von Holzarbeitern, die bei mangelhafter Kleidung und miserabler Verpflegung ein Tagessoll leisten mußten, dem fast keiner gewachsen war. Aus einem polnischen Lager wurde ein Dritter als Sklave an eine Kolchosa verkauft, was anscheinend sehr häufig der Fall war, denn er schilderte in allen Einzelheiten die dort üblichen „Tauschquoten“: 10 Mann für einen Ochsen, 8 Mann für ein Pferd. Ein ukrainischer Arzt erzählte von einem Gefangenentransport, bei dem von 3000 Personen 1700 unterwegs starben. 80 Konzentrationslager gab es schon 1941 in Rußland, sagte ein geflüchteter Sowjetfunktionär aus; in ihnen schmachteten fast 20 Millionen Menschen, von denen allein in dem genannten Jahr 10 Prozent erschossen wurden. Diese Zahlen erscheinen ungeheuer, aber sie stammen aus dem Mund eines Mannes, der selbst 5 Jahre lang Inspektor dieser Straflager war. Ein Offizier, der nach dem Krieg in einer „Reparaturkommission“ tätig war, behauptete, daß allein aus seinem Lager 90 000 Menschen in KZs deportiert wurden.

Entsetzliche Qualereien und verzweiflungsvolle Fluchtversuche, Selbstverstümmelungen und der erbärmliche Tod von Millionen, die entweder gemordet wurden, verhungerten oder an Seuchen zugrunde gingen, bilden also den düsteren Hintergrund dieses Prozesses, der als erschütternde Anklage gegen ein System abrollt, das sich nicht zu verantworten wagt. Auch wenn der sowjetische Botschafter in Brüssel sich weigerte, im Palais Egmont zu erscheinen, erreichte er damit noch lange kein Alibi für das von ihm vertretene Regime. Denn wenn auch dieser Prozeß keine strafrechtliche Folgen hat, so bleibt doch die furchtbare Anklage gegen jene Länder, in denen derart barbarische Zustände herrschen, wie sie durch so viele glaubwürdige Zeugenaussagen erhärtet werden.

Die prekäre Kohlenlage der Bundesrepublik, bedingt durch den Exportzwang zu Verlustpreisen und den mangelnden Anstieg unserer Kohlenförderung, hat eine Nebenwirkung, über die in der Öffentlichkeit bislang wenig gesprochen wird. Wir meinen damit die Unmöglichkeit, ausreichende Kohlenmengen zum Ausbau unserer synthetischen Kohleveredlung bereitzustellen. Damit erweist sich nämlich die im Frühjahr verfügte Aufhebung der Erzeugungsverbote für Buna und hydriertes Benzin praktisch als wirkungslos.

Wenn wir auch nur ein Fünftel unseres jährlichen Kautschukbedarfs von 100 000 Tonnen aus eigener Buna-Erzeugung decken wollten, bräuchten wir dazu zirka 360 000 Tonnen zusätzlicher Kohle, ganz abgesehen davon, daß unser einziges Bunawerk infolge Demontage z. Zt. nur etwa 6000 Tonnen herzustellen vermag. Wollten wir ferner die Hälfte unseres jährlichen Treibstoffbedarfs von insgesamt 3 Millionen Tonnen — 1 Million Tonnen erzeugen wir ungefähr aus der einheimischen Erdölproduktion — in deutschen Hydrierwerken gewinnen, so benötigten wir dazu weitere rund 18 Millionen Tonnen Kohle. Die Größenordnung dieser zusätzlichen Kohlebedarfsziffern zeigt, daß — vom Kapitalmangel ganz abgesehen — eine sprunghafte Erhöhung unserer Kohleveredlung in das Reich der Illusionen gehört.

Nicht ganz so kraß liegen die Dinge hinsichtlich der erfolgten Aufhebung der Bauverbote im Schiffsbau. Hier ist weniger die Kohle- als die Kapitalfrage eine entscheidende Bremse für den raschen Wiederaufbau. Schiffe kosten sehr viel Geld, das genügend langfristig infolge des Versagens der Kapitalmärkte in Beziehung auf Schiffshypothenken nicht zur Verfügung steht. Unsere großen Reedereien Hapag und Lloyd begnügen sich daher zunächst mit einem sehr bescheidenen Neubauprogramm von 14 Motorfrachtschiffen in einer Größe zwischen 8000 und 10 000 BRT.

In dieser Lage erscheint den deutschen Reedereien sogar der Betrieb von Frachtschiffen als so anziehend, daß sie dieser Tage zwei Segelschiffe von je etwa 4000 BRT im Ausland angekauft haben.

Zu dem Altsparengesetzentwurf, der seit der ersten Lesung im Bundestag am 22.2.1951 dem Ausschuß für den Lastenausgleich vorliegt, hat die Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen Vorschläge ausgearbeitet.

Die Entschädigungsguthaben der Altsparener sollen frühestens nach 5 Jahren mit jährlich 1/2 freigegeben werden. Ihre Verzinsung richtet sich nach dem Zinssatz der zu ihrer Deckung bestimmten Schuldverschreibungen des Lastenausgleichsfonds.

Im ganzen beziffert die Sparkassenorganisation bei dem vorgesehenen Entschädigungssatz von 28 v.H. die Entschädigungssumme einschließlich der Ansprüche heimatvertriebener Sparer auf 4,8 Milliarden DM.

Widerstand gegen Zeitungsverbot

Zusammenstoß im Frankfurter KP-Haus Frankfurt a. M. Eine Alarmbereitschaft der Frankfurter Polizei mußte die Arbeiter und Angestellten der „Sozialistischen Volkszeitung“ in der Unterführung des kommunistischen Bundestagsabgeordneten Oskar Müller in das Gebäude des verbotenen KPD-Blattes eingedrungen waren.

Nuschke in der Bundesrepublik

Nürnberg (UP). Von einer „kompromittierten“ Haltung der Ost-CDU gegenüber der SED sprach der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzone und Vorsitzende der Ost-CDU, Otto Nuschke, der an einer evangelischen Kirchenbautagung in Rummelsberg bei Nürnberg teilnimmt.

Neue Wege bei der Volksbefragung

Berlin (UP). Zur Störung eines überwältigenden Ja-Ergebnisses der kommunistisch gelenkten Volksbefragung wird jetzt im sowjetischen Sektor Berlins die „offene Stimmabgabe“ propagiert.

Alle Geschäftsleute, die in Westberlin wohnen und ihr Geschäft im Ostsektor haben, sollen nach einer neuen Verordnung der Finanzbehörde des Sowjetsektors künftig grundsätzlich in die höchste Steuergruppe, ohne Berücksichtigung des Familienstandes oder sozialer Belange, eingereiht werden.

Gromyko stellt ein Ultimatum

Atlantikpakt und US-Stützpunkte müssen auf die Tagesordnung

Paris (UP). Der Sowjet-Delegierte Gromyko stellte auf der Freisitzung der Außenminister-Stellvertreter die ultimative Forderung, die Fragen des Nordatlantikpaktes und der amerikanischen Stützpunkte in Europa müßten in die Tagesordnung der geplanten Außenministerkonferenz aufgenommen werden.

Der britische Delegierte Davies bezeichnete Gromykos Forderung als „Ultimatum“, das die Westmächte nicht annehmen könnten. Davies sagte später: „Gromyko ließ uns erkennen, daß das eigentliche Ziel der Sowjetunion darin besteht, die Verteidigungsmaßnahmen der Westmächte anzugreifen.“

Gromyko lehnte es im Verlauf der Sitzung ab, seine Ausführungen näher zu erläutern. Die Sitzung, die drei Stunden und 20 Minuten gedauert hatte, wurde auf Vorschlag des französischen Delegierten Parodi auf Montag vertagt.

Eisenhower zurück

Der Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte, General Eisenhower, ist aus Norwegen wieder nach Paris zurückgekehrt. Die Tschechoslowakei hat die französische Regierung davon unterrichtet, daß der bisherige tschechoslowakische Botschafter in Paris, Adolf Hoffmeister, nicht auf seinen Posten zurückkehren wird.

Besorgnisregender Zustand Pétains

Ille d'Yeu, Frankreich (UP). Der 95 Jahre alte Marschall Pétain leidet am „Allersbrand“, einem fortschreitenden Gewebeseufall, der seinen rechten Unterschenkel angegriffen hat. Die Ärzte sollen festgestellt haben, daß es nicht möglich ist, Pétain in seinem derzeitigen Zustand aufs Festland in ein Krankenhaus zu bringen.

Truman plante ein Friedensangebot

Durch MacArthurs Erklärung hinfällig geworden - Collins über Chinablockade

Washington (UP). Präsident Truman wollte den Kommunisten in Korea im März einen Waffenstillstand und Aufnahme der Friedensverhandlungen vorschlagen, sagte General Collins, der Stabschef der amerikanischen Armee, vor den gemeinsam tagenden Außenpolitischen und Militär-Ausschüssen des amerikanischen Senats aus.

Der Inhalt dieser Friedensproklamation des amerikanischen Präsidenten ist bisher nie veröffentlicht worden. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wurde sie hinfällig, da General MacArthur in Überschreitung seiner Kompetenzen von sich aus seine Verhandlungsbereitschaft erklärte.

In der von Truman im März angefertigten Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß die Angreifer in Korea etwa auf das Gebiet zurückgedrängt worden seien, von dem aus sie ihren gesetzwidrigen Angriff begonnen hatten, und daß damit das grundsätzliche Ziel, die nordkoreanische und chinesische kommunistische Aggression gegen die südkoreanische Republik rückzuschlagen, erreicht worden sei.

Bei seinen weiteren Aussagen gab Collins zu erkennen, daß eine wirksame Seeblockade des chinesischen Festlandes auch den Häfen Dairen, den sowjetischen Stützpunkt in der Mandschurei, und den sibirischen Häfen Wladiwostok einschließen würde.

60 000 Chinesen bei Inje eingeschlossen

Alliierte überall im Gegenangriff - Völlige Verwirrung unter den Roten

Tokio (UP). Die an allen Stellen der UN-Front in Korea zum Gegenangriff übergegangenene Streitkräfte der UN bildeten verschiedene große Kessel um zurückziehende kommunistische Truppen und überschritten bei diesen Unternehmungen den 38. Breitengrad an weiteren Stellen.

In der Gegend der Stadt Inje an der Ostflanke der Mittelfront gelang den UN-Truppen die Einkesselung von etwa 60 000 Mann zweier chinesischer Armeekorps, die bei der zweiten Frühjahrsoffensive der Kommunisten über 30 Kilometer nach Südkorea eingedrungen waren.

An der Westfront sollen südkoreanische Truppen, die von amerikanischen gepanzerten Einheiten unterstützt werden, den 38. Breitengrad bei dem Imjin-Fluß erreicht, jedoch nicht überschritten haben.

Nur an wenigen Stellen leisteten die Chinesen den vordringenden UN-Truppen Widerstand. Doch kam es bei der Kesselbildung von Inje zu einigen äußerst erbitterten Gefechten, in denen die Chinesen versuchten, sich den Rückzugsweg offen zu halten.

Von dem Frontabschnitt östlich von Uijongbu wird die Umzingelung von etwa zwei Kompanien chinesischer Kommunisten gemeldet, für die es keine Hoffnung auf Entkommen geben soll.

Aus Aufklärungsberichten der UN-Luftstreitkräfte geht hervor, daß sich die Kommunisten im rückwärtigen Armeegebiet in völliger Verwirrung befinden.

Eine „Waffenreserve“

Im Waffenhilfeprogramm amerikanische Finanzjahre ist eine Summe von über 500 Millionen Dollar vorgesehen, mit der im Notfall Kriegsmaterial für Westdeutschland, Spanien, Japan oder Jugoslawien beschafft werden kann.

Der amerikanische Senat nahm eine Zusatzvorlage in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar für das Verteidigungsbudget an.

General Eisenhower wird vom Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses eingeladen werden, über den Stand der europäischen Verteidigungsvorbereitungen zu berichten.

Versuche mit der Wasserstoffbombe

Washington (UP). Die amerikanische Regierung gab bekannt, daß bei den erfolgreichen Versuchen mit Atomwaffen auf dem Eniwetok-Atoll im Pazifik auch Experimente durchgeführt wurden, die zur Erforschung der Wasserstoffbombe dienten.

Die Atomenergie-Kommission baut gegenwärtig für 990 Millionen Dollar ein neues, großes Atomwerk in Süd-Karolina auf.

Erfolge gegen Vietnam-Rebellen

Saigon (UP). Fremdenlegionäre und Vietnam-Truppen, die von Jagdfliegern und Amphibienjeeps unterstützt wurden, haben das Thapmuoi-Gebiet, 65 km westlich Saigon, von kommunistischen Vietnam-Rebellen gesäubert.

Chinesische Intervention in Burma?

London (UP). Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Rotchina Vorbereitungen zu einer Intervention in Burma trifft. Nach Berichten des britischen Geheimdienstes sind rotchinesische Stabsoffiziere in Nordburma identifiziert worden.

„Das burmesische Volk“ heißt es in einer Meldung des rotchinesischen Nachrichtendienstes, „kann nicht länger mit ansehen, wie ihr Land zu einem militärischen Stützpunkt gegen das große chinesische Volk ausgebaut wird.“

Gleißner contra Körner

Die österreichischen Präsidentenwahlen

Wien (UP). Am Sonntag findet in Österreich eine Stichwahl zur Ermittlung des neuen Bundespräsidenten statt, da am 6. Mai keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt.

Die Anhänger des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Breitner, der am 6. Mai 660 000 Stimmen erhielt, sind angewiesen worden, für Gleißner zu stimmen.

Bei Beginn des Wahlkampfes waren die Parteien übereingekommen, Fairness und Zurückhaltung zu üben. Diese Abmachung gilt längst nicht mehr, und so kam es in dieser Woche zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Plakate klebenden Volksparteilern und Sozialisten und Kommunisten.

Erfassung aller Hochseeschiffe

Im Falle eines „Notstands“ der Atlantikmächte

London (UP). Die Organisation der Atlantikpaktstaaten (NATO) gab in London einen Plan bekannt, wonach alle Mitglieder des Paktes bei drohender Kriegsgefahr die Hochseeschiffe ihrer Handelsflotten einer gemeinsamen Behörde unterstellen sollen.

Die Schiffsverkehrsbehörde soll zwei Büros unterhalten: eines in Washington für die Schifffahrt in der westlichen Hemisphäre und eines in London für die östliche Halbkugel.

Bomben in Dublin

Zwei Männer warfen am Donnerstagabend in die Keller der britischen Botschaft eine Bombe. Der Sachschaden soll aber nur gering sein.

Mussolinis Vetter als Wahlkandidat

Rom (UP). Die faschistische Partei MSI (Movimento Sociale Italiano) hat in Forlì Alfredo Mussolini, einen Vetter des faschistischen Diktators, als Kandidaten für die Gemeindewahlen aufgestellt.

VOM TAGE

Emil Groß, der Präsident des Gesamtverbandes der deutschen Zeitungsverleger, wurde in London in den Vorstand des internationalen Verbandes der Zeitungsverleger gewählt.

Ministerpräsident Nehru unterbreitete dem indischen Parlament eine Gesetzesvorlage zur Revision der indischen Verfassung, die es der Regierung ermöglichen würde, gegen Agitatoren vorzugehen.

Finnische Bergbauschverständige werden auf Einladung der „akademischen Auslandsstelle“ in Hamburg, in Westdeutschland, Luxemburg, Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark Bergwerke besichtigen.

In einem Spionageprozeß vor dem US-Districtgericht in Nürnberg wurde die 28jährige Tschechin Anna Talaskova zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

König Faruk von Ägypten wird mit seiner Gattin am 1. Juni eine zweimonatige Hochzeitsreise durchs Mittelmeer antreten.

Der Chef der dänischen Zivilverteidigung, Arthur Dahl, hat eine Reise nach Holland und Frankreich angetreten, wo er Fragen der zivilen Verteidigung besprechen will.

Der britische Kriegsminister Strachey ist in Triest eingetroffen, um die britischen Besatzungstruppen dort zu besichtigen.

Einen japanischen Friedensvertrag wird die Regierung Großbritanniens, wie sie den USA mitteilte, nicht unterzeichnen, wenn die Regierung Tschiangkai-scheks Vertragspartner ist.

Zum Bischof der tschechoslowakischen Kirche in Ostrau-Wilkowitz wurde Dr. Rudolf Horský ernannt. Er war bisher Professor an der Staatlichen Hussitischen Theologischen Fakultät in Prag.

Eine dänische Woche wird von der Stadt Stuttgart und dem Stuttgarter Kulturbund vom 2. bis 10. Juni veranstaltet.

Der deutsche Generalkonsul in Paris, Wilhelm Hausenstein, las im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses eigene Übertragungen Baudelaire'scher Gedichte.

### Umschau in Karlsruhe

**Versorgungsamt vorübergehend geschlossen**  
Wegen des Umzugs des Versorgungsamtes Karlsruhe von der Grenadier- nach der Telegraphenkaserne bleibt das Amt, das für die Hinterbliebenen in Nordbaden zuständig ist, vom 28. 5. bis 2. 6. geschlossen. Die Sprechstunden für Hinterbliebene fallen in dieser Zeit aus.

**Dechema-Medaille für Prof. Kirschbaum**  
Die Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen (Dechema) in Frankfurt hat dem Direktor des Instituts für Apparatebau an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Prof. Dr. Emil Kirschbaum, in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des chemischen Apparatewesens die Dechema-Medaille verliehen. Prof. Kirschbaum, der am 25. Juli 1900 in Grötzingen bei Karlsruhe geboren wurde, promovierte 1925 zum Dr.-Ing. nach einem Studium an den Technischen Hochschulen in Wien und Braunschweig. Nach dreijähriger Tätigkeit in der Industrie wurde er 1928 als planmäßiger außerordentlicher Professor an die Technische Hochschule Karlsruhe und 1935 zum ordentlichen Professor ernannt. Prof. Dr. Kirschbaum wurde besonders bekannt durch seine Forschungen auf dem Gebiet der Wärmeaustauschapparate und Rektifizierapparate, der Füllkörper- und der Trockenapparate. 1935 erhielt Kirschbaum einen Ruf an die Technische Hochschule Danzig und 1948 eine Berufung nach Indien. In beiden Fällen lehnte er jedoch ab, um sich voll seiner Forschungsarbeit an der Technischen Hochschule Karlsruhe widmen zu können.

**1100 Barackenbewohner im Kreis Karlsruhe**  
Karlsruhe (Swb). Das Landratsamt des Landkreises Karlsruhe hat festgestellt, daß der Landkreis mit Heimatvertriebenen überbelegt sei und daher keine neuen Flüchtlinge mehr aufnehmen könne. Gegenwärtig seien noch in sieben Gemeinden des Kreises Familien mit sechs und acht Angehörigen im sogenannten Ortsarrest untergebracht. Rund 250 Familien mit insgesamt 1100 Angehörigen lebten in Baracken und ehemaligen Fabrikhallen. Der Bericht wurde veröffentlicht, weil infolge der Räumung der Karlsruher Grenadierkaserne, in der ein Flüchtlingslager untergebracht war, die Gefahr besteht, daß der Landkreis Karlsruhe weitere Flüchtlinge in Wohnungen aufnehmen muß.

### Aus der badischen Heimat

**Vermittler Arzt beging Selbstmord**  
Heidelberg (Swk). Der seit über eine Woche spurlos verschwundene, aus Mudau stammende Arzt Dr. Haberl wurde nun von einem Passanten tot im Main am Ludwigskaal zwischen Mudau und Würzburg aufgefunden. Dr. Haberl war vor rund 10 Tagen mit seinem Kraftwagen nach Würzburg gefahren. Sein Fahrzeug wurde von der Polizei zwar ausfindig gemacht, doch der Eigentümer selbst blieb vorerst verschollen. Die Gründe, die den Arzt zum Selbstmord veranlaßten, sind vorläufig noch unbekannt. — Die Zahl der Selbstmorde in Mannheim lag im vergangenen Jahr unter dem Vorkriegsstand. Wie aus einer jetzt veröffentlichten Statistik hervorgeht, haben sich 1950 von 10 000 Männern 3,8 (1949: 4,1) und von 10 000 Frauen 1,8 (1949: 2,4) das Leben genommen. Die Selbstmordziffer für das Jahr 1938 lautete 5,4 bei Männern und 2,5 bei Frauen. Die höchste Selbstmordziffer war in Mannheim im Jahre 1945 mit 7,7 bzw. 2,7 registriert worden.

**Unglücksfall oder Selbstmord?**  
Mannheim (Swb). Auf dem Gelände des Mannheimer Hauptbahnhofs ist die verstümmelte Leiche eines Mannes aufgefunden worden, der kurz zuvor von einem Zug überfahren worden war. Neben der Leiche, jedoch zwischen den Schienen, lag ein etwa zwei Jahre alter Junge, der nur leichte Verletzungen aufwies. Die Polizei nimmt an, daß

der Mann Selbstmord begangen hat und den Jungen mit in den Tod nehmen wollte. Weitere Ermittlungen sind im Gange. Der verletzte Junge wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

**Kinos und Messe mußten schließen**  
Freiburg (Ida). Eine halbe Stunde vor Beginn der letzten Kinovorstellung am Fronleichnamstag erschienen in zwei Freiburger Lichtspieltheatern, wo die Filme „Himmel über den Sümpfen“ bzw. der „Göttergatte“ gespielt wurden, Polizeibeamte mit einer Verfügung des Polizeidirektors, die beiden Kinos zu schließen, da die genannten Filme als nicht „feiertagsfrei“ an Fronleichnam nicht gespielt werden dürften. Einer der beiden Kinobesitzer, die dieses Vorgehen als willkürliche Verwaltungsmaßnahme betrachteten, da der Fronleichnamstag in den Begleitpapieren der Filme nicht ausdrücklich als Nichtspieltag genannt war, wandte sich daraufhin an den Freiburger Erzbischof. Dieser äußerte, er habe gegen die Vorführung des Films „Himmel über den Sümpfen“ am Fronleichnamstag keine Bedenken, falls das Innenministerium die Vorführung gestatte. Nach dieser Auskunft wurde die Vorführung des Films im Wege der Vereinbarung mit den ausführenden Polizeiorganen doch noch „durchgelassen“. Unter den wartenden Kinobesuchern war erregte Stimmung aufgekommen. Großes Ärgernis verursachte auch die Schließung der Freiburger Frühjahrsmesse am Fronleichnam, zu der Tausende von Besuchern, darunter zahlreiche auswärtige Gäste, herbeigeströmt waren. Das badische Innenministerium erklärte auf Befragen, die Anordnung über die Schließung der Kinos und der Messe bestehe zu Recht und sei vollkommen gesetzmäßig. Das badische Feiertagsgesetz gestatte die Ausdehnung der Feiertagsbestimmungen auf den Fronleichnamstag, ohne daß dieser in den Filmbegleitpapieren besonders genannt werde.

**Kreuz und quer durch Baden**  
Mannheim. Anfang Juni wird in Mannheim am Wasserturm ein neues Amerika-Haus eröffnet werden. Das gegenwärtige Amerika-Haus hatte seine Tätigkeit im Dezember 1948 eröffnet.  
Pforzheim. Das Pforzheimer Heimatmuseum (Reuchlin-Museum) am Schloßberg wird im Rahmen einer Feierstunde am 10. Juni wie-

der der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Pforzheimer Heimatmuseum verfügt über erlegene Kunstwerke und Altertümer. (Swk)

**Lörrach. Der Kreis Lörrach zieht sich auferstande, weitere Flüchtlinge aufnehmen und für ihre menschenwürdige Unterbringung zu sorgen. Nach den neuesten Feststellungen des Landratsamtes hat der Flüchtlingsstrom in das Kreisgebiet einen Grad erreicht, der weit über dem vorgeschriebenen Aufnahme-Soll liegt. (Ida)**

**Drosie-Feiern in Meersburg. In Meersburg fanden Gedenkfeiern für die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff statt, die vor 103 Jahren im Meersburger Schloß starb. Neben einem Dichtertreffen gab es eine „lyrische Tafelrunde“ und gleichzeitig wurde eine Ausstellung mit berühmten Porträts schöner Frauen eröffnet.**

**Dänischer Bankier versenkte Kunstsammlung. Die in Konstanz eröffnete Ausstellung „Handzeichnungen alter Meister“, die einen Querschnitt durch die Entwicklung der europäischen Kunst in vier Jahrhunderten gibt, verdankt ihr Zustandekommen dem dänischen Bankier und Kunstmäzen Wilhelm Brandes, der die Stadt am Bodensee zu seiner Wahlheimat erkoren hatte. Mehr als 30 Jahre lang sammelte er auf Reisen durch ganz Europa graphische Kostbarkeiten, die er bei seinem Tode im Jahr 1907 der Stadt Konstanz vermachte.**

**Diskuswerferin gibt ein Klavierkonzert. In einem Sonderkonzert des Pfalzorchesters am 7. Juni 1951 in Ludwigshafen wird die französische Olympiasiegerin im Diskuswerfen, Micheline Ostermeyer, das Klavierkonzert a-moll von Robert Schumann spielen. Micheline Ostermeyer wurde als Pianistin mit dem ersten Preis des Conservatoire in Paris ausgezeichnet.**

**Walldürner Wallfahrt zum Hl. Blut**  
Die Walldürner Wallfahrt zum Hl. Blut wurde am Dreifaltigkeitssonntag mit einem Pontifikalamt in der Wallfahrtskirche eröffnet. Höhepunkt der Wallfahrt ist der Große Blutfeiertag am 31. Mai, bei dem der Bischof von Würzburg, Dr. Döpfner, Pontifikalamt und Predigt halten wird. Anschließend findet die große Blutprozession statt. Am Männerwallfahrtstag (17. Juni) wird der Freiburger Erzbischof, Dr. Wendelin Rauch, Pontifikalamt und Predigt halten.

## Kouril gibt 100 Ohrfeigen zu

Beweisaufnahme wird fortgesetzt

Karlsruhe (UP). Die Beweisaufnahme gegen den im Karlsruher Schwurgerichtspräsident angeklagten Tschechen Johann Kouril, die ursprünglich als abgeschlossen galt, wird fortgesetzt, nachdem sich zwei weitere Zeugen gemeldet haben, die den Angeklagten in schriftlichen Aussagen schwer belasteten. Das Gericht will diese Zeugen am Montagvormittag noch vernehmen. Es wird damit gerechnet, daß das Urteil am Mittwoch gefällt wird.

Eine der entsetzlichen Schilderungen im bisherigen Prozeßverlauf gab ein 24 Jahre alter ehemaliger Brünner, der über die Zustände in dem Internierungslager Kaulnitz Colleg aussagte. Nach seinen Erklärungen soll Kouril im Turnsaal des Lagers einem 14 bis 15 Jahre alten Hitlerjungen eine Ohrfeige gegeben haben. Darauf seien die Wachmannschaften über den Jungen hergefallen und hätten ihn mit Knüppeln zusammengeschlagen. Als der Junge regungslos am Boden gelegen habe, sei er noch von Kouril mißhandelt worden, der ihm Fußtritte gegen den Kopf versetzt habe. Einen anderen Hitlerjungen gleichen Alters, der entsetzt diesen Vorgängen zuschaut, habe der Angeklagte dann mit dem Kopf solange gegen die Mauer gestoßen, bis diese von dem umherspritzenden Blut völlig besudelt gewesen sei. Die gleiche Tortur durch dieselben Tschechen mußte nach Darstellung des Zeugen auch ein

Mann erleben, der dann ebenfalls regungslos am Boden liegen blieb. Alle drei Opfer seien dann von den Tschechen weggeschleift und nie mehr im Lager gesehen worden.

Der Zeuge schilderte ferner, wie Kouril eine hochschwangeren Frau gepackt und seine Komplizen aufgefordert habe, „der deutschen Hure“ auf den Bauch zu springen. Auch diese Frau sei zusammengebrochen und nach schweren Mißhandlungen liegend geblieben. Nachdem der Angeklagte bereits am Vortage sichtlich bedrückt zur Verhandlung erschienen war, gab er zur Überraschung der Zuhörer jetzt vor seinen Richtern zu, nicht nur drei Ohrfeigen, sondern „sogar vielleicht 100 Ohrfeigen“ erteilt zu haben, „um die Ordnung im Lager herzustellen“. Bisher hatte er alle Anschuldigungen als unwahr bezeichnet und sogar den anwesenden Journalisten zugerufen, ihm zu helfen, denn es stimme alles nicht, was in diesem Prozeß ausgesagt werde.

Als Entlastungszeugin hatte er seine Verlobte, eine 39 Jahre alte Volksdeutsche, benannt, die ihn allerdings in ihren Aussagen nicht ent-, sondern belastete. Sie gab zu, daß Kouril im Lager Kleidstoffe stellvertretender Lagerkommandant gewesen sei, obwohl der Angeklagte dies bisher immer bestritt. Von den Ausschreitungen gegen die internierten Deutschen und seiner Tätigkeit in Kaulnitz Colleg will sie allerdings nichts gesehen und gewußt haben.

### FDP Hessen verzichtet auf Wimpfen

Bonn (Swb). Die FDP des Landes Hessen befragt den Anschließ der zur Zeit staatsrechtlich noch zu Hessen gehörenden Stadt Bad Wimpfen an Württemberg-Baden. Der Landesvorsitzende der hessischen FDP und Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Euler, äußerte in einer Besprechung mit einem Vertreter der württemberg-badischen DVP in Bonn, die hessische FDP halte die Beseitigung derartiger früherer Enklaven wie Bad Wimpfen für selbstverständlich. Solche Maßnahmen würden im Rahmen der Länderbereinigungen von der FDP Hessen ebenso bejaht wie der Gedanke des Südweststaates.

### CDU Hohenzollern wirbt in Baden

Für die Idee des Südweststaates  
Sigmaringen (Ida). Die hohenzollerische CDU ist bereit, im kommenden Abstimmungskampf um den Südweststaat möglichst viele Redner in die angrenzenden badischen Gebiete zu entsenden, teilte der Fraktionsvorsitzende der CDU im hohenzollerischen Kommunal-Landtag, Dr. Kempf, auf einer CDU-Versammlung in Sigmaringen mit. Die hohenzollerischen Redner würden in Baden eher als neutral angesehen, während württembergischen Rednern gegenüber noch immer ein gewisses Ressentiment bestehe. Dr. Kempf sagte ferner, daß die CDU Hohenzollerns nach Kräften das Ziel der Stadt Sigmaringen unterstützen wolle, im Südweststaat Sitz einer Landesbezirks-Regierung zu werden.

### SPD gegen Landesbeamtenstelle

Stuttgart (Swb). Die SPD-Fraktion des württemberg-badischen Landtags stellte auf einer Fraktionssitzung fest, daß sie an ihrer bisherigen Auffassung, die Landesbeamtenstelle solle aufgelöst werden, grundsätzlich festhalte. Bereits vor einem Jahr hatte die Mehrheit des Landtags beschlossen, die Landesbeamtenstelle künftig wegzulassen. Die SPD-Fraktion war ferner einstimmig der Auffassung, daß sich Abgeordnete, die sich im Straßenverkehr Delikte zuschulden kommen ließen, nicht auf ihre Immunität berufen dürften.

### Spiel mit der Panzerfaust bzw. dem Tod

Neuenbürg (R.D.). Auf dem Schulhof in Feldrennach fanden Kinder ein verrostetes Panzerfaustrohr. Als die Kinder mit dem Rohr spielten, explodierte die Treibladung, so daß ein Kind schwer, einige andere leicht verletzt wurden.

### Duell mit Einbrechern an der Nagold

Nagold (Hpd). Zwei Einbrecher hatten versucht, nachts in das Elektrizitätswerk Nagold einzudringen. Durch die automatische Alarmanlage rückte sofort die Polizei an, die die flüchtenden Burschen verfolgte. Die Ausreißer durchschwammen die Nagold und schossen zurück, als die Polizeibeamten von ihrer Schußwaffe Gebrauch machten. Ein Einbrecher konnte schließlich gefaßt werden.

### Je später der Abend, desto schöner die Gäste

Ulm (Swb). Ein sanges- und vor allem zehnfreudiger Mann, der von auswärts zum Sängerefest nach Ulm im Kreis Ulm gekommen war, schwankte, als er so manches Viertel geleert hatte, in ein ihm gänzlich fremdes Haus, stieg unbemerkt zum Dachboden und zog dort seinen Festtagsanzug aus. Dann begab er sich in die Wohnstube, warf sich in einen Polstersessel, streckte die Beine weit von sich und schlief selig bis in den Morgen hinein. Dann allerdings wurde die Wohnungsinhaberin von den sonoren Schnarchtönen aufgeweckt. Nun war es dem Mann sehr peinlich, daß er seiner „Gastgeberin“ nur in Hemd und Unterhose gegenüberstand. Noch peinlicher freilich war es, daß er sich beim besten Willen nicht erinnern konnte, wo er die Festtagshülle gelassen hatte. Es wurde im ganzen Haus lange und gründlich nach den Kleidern gesucht. Im tiefen Keller begann die Suche und als auch der letzte Winkel des Hauses vergeblich durchstöbert worden war, entdeckte man den Feiertagsanzug auf dem Dachboden.

## Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Paßing

33. Fortsetzung

„Die Sterne sind heute so kalt und hart, Walter“, sagt sie verworren.

„Das siehst du nur so, weil dich innerlich friert, Agnes.“

„Kann sein. Dunkel ist diese Nacht heute. Findest du es nicht?“

„Ich finde sie dunkel, weil ich hab kommen müssen, dir weh zu tun.“

Die Räder rollen gleichmäßig dahin. Unheimlich tönt der Pfiff der Lokomotive durch die feuchtkühlen, tropfenden Tunneln. Ein matter, gelber Schimmer zuckt in den steilen Kurven auf.

„Heute hasse ich diese Frau, Walter. Zu viel hat sie uns angetan. Du weißt ja gar nicht, was sie mir alles genommen hat: die Jugend, den Glauben, den Vater, Günther...“ Und dich, müchte sie sagen. Plötzlich fühlt sie sich auf dem stillen, steilen Höhenweg mit dem einsamen Mann, dem sie angehört, so fremd. Der herbe Atem, der von keinem Kinderlachen durchbrochen wird, drückt sich ihr aufs Herz.

„Nicht weinen, Agnes!“ Walter wischt ihr die Tränen fort und weiß nicht, daß seine zarte Berührung heißer brennt als alle anderen Wunden, daß eine Sehnsucht erwacht ist, die völlig schlafen gepangen.

Weiß und hoch leuchten die Wände des Spitalzimmers, in dem einer seine letzte Rolle ausspielt.

„Wenn Sie mich brauchen sollten, bitte, läuten Sie!“, wendet sich die Krankenschwester der am Bette sitzenden Agnes zu.

Die Türe tut sich auf und schließt sich wieder. Agnes ist bei ihrem sterbenden Vater allein. Sein Gesicht ist schwer erkennbar. Es liegt unter weißen Verbänden, die nach Karbol riechen. Die Augen sind meist geschlossen und der Mund ist schmal wie ein hingezogener, seichter Pencilstrich.

Agnes weiß, sein Leben zählt nur noch nach Stunden. In einer nervösen Gedrücktheit holt sie die paar Zeitschriften herbei, die auf dem Tischchen aufliegen. Der gute Wille einer Krankenschwester hat sie ihr fürsorglich hingebreitet mit dem religiösen Trost, der ihr Unglück mildern sollte. Daß in diese ewigkeitsnahe Stunde hinein, in der ein Vater ein anderes Land betritt, um dieses irdische aufzugeben, erd- und lieverbundene Gedanken greifen, macht Agnes sich selber fremd. Es ist da etwas Unergründliches in ihr Leben gesunken, von dem sie sich nicht gleich lösen kann. Aus einer dunklen Verlassenheit heraus blättert sie weiter. Sie will nicht die Bilder des Lebens sehen und auch nicht die des Todes. Sie braucht etwas, an das sie sich halten kann, das sie weiterführt. Zuletzt denkt und wünscht sie eines nur: heute wird Ralph kommen, oder morgen. Und er wird sie mit seinen kühlen, guten Augen ansehen und sagen: Kind, auch das geht vorüber. Wenn ein Schmerz seinen Anfang hat, so hat er auch sein Ende.

Da klopft es leise an die Türe des Spitalzimmers. Erlöst steht sie auf, geht auf den Zehenspitzen dorthin, öffnet...

Aber es ist nicht Ralph, den sie erwartet hat, sondern Walter, der sich nach dem Befinden ihres Vaters erkundigt.

„Ist dir was? Oder ist's mit Vater schlimm?“ wundert er sich über ihr erstarrtes Erschrecken. „Dein Mann ist noch nicht hier? Wenn es dir recht ist, telegraphiere ich nochmals.“

„Ja, bitte, Walter. Ich brauche ihn jetzt dringender denn je. Ihr seid ja herzengut und helft mir, wo ihr nur könnt, aber es gehört Ralph her.“

Walter hört aus ihren Worten heraus einen müde schleichenden Ton, den er der Aufregung zuspricht.

„Du sollst ein wenig ausspannen, Agnes“, rät er ihr.

„Das kann ich nicht. Ich muß den Augenblick abwarten, in dem Vater zum Bewußtsein kommt und er mich erkennt. Und wenn es Wochen dauern würde. Manchmal schlägt er die Augen auf, kennt mich aber nicht. Das tut so weh, Walter.“ Mit gesenktem Kopf steht sie vor ihm und er muß sich stark zwingen, ihr nicht eine liebevolle Zärtlichkeit zu erweisen, aus der sie seine Teilnahme und zugleich ein altes Lied klingen hört.

Vom Bett her windet sich ein leises Aechzen. „Der Vater!“ Sofort steht Agnes am Lager. Sagt das Wort, an dem er vorbeigeleitet die vielen Jahre, mit einer aufgelösten Innigkeit: „Vater!“

Der Städler atmet ruckweise. Das Anhören dieses Atmens schmerzt. Seine Augen durchbrennen eine ungewisse, verworrene Dunkelheit. Lange brennt sich der Blick hindurch, bis er endlich etwas Befriedendes erhält. Daraufhin rinnt um die Mundwinkel ein Leuchten, wie es Agnes noch nie gesehen hat. Es ist wie letzte Rast an einem blumigen Ufer. Seine Hand mühte nach dem geschüttelten, wie unter einer Krone gebeugten Haupt greifen, aber sie müht sich vergebens der

Decke entlang, denn diese Hand ist schwerer als Eisen.

„Ha—se—le? Du?“ Wie gedehnt und ringend dies gesprochen ist! Schon die Worte allein sind ein Hineinschauen und Hineinhören in eine fremde ungesahnte Welt.

„Ja, Vater, ich bin es. Und ich will jetzt bei dir bleiben, so lange du mich brauchst. Du gehst dann zu uns. Das wird schön werden für uns alle.“

Vielleicht glaubt sie diese barmherzige Lüge in dieser Stunde. Dem Städler haucht sie ein letztes Lächeln auf. So ist er hinübergangen und hat den Traum wahr gemacht, daß für ihn das Leben erst begänne.

Agnes lehnt am Bettrand. Sie weint nicht, starrt nur in das fahle Antlitz des heimgegangenen Vaters. „Er hat mich erkannt, hat noch einmal ihre schmale Hand auf seinen Arm. „Es ist hart, danken. Auch dieses letzte hier.“ Und sie legt Hassele gesagt. Walter, ich hab dir so viel von diesem Obne-Heimat-sein, wie es meinen Vater im Leben herumtrieb. Da nicht daheim und dort nicht und zuletzt nur ein tiefer Grund, in dem man untergeht. Das tut mir heut am meisten weh.“

„Komm, Agnes! Solche Gedanken graben nur alles Alte in dir auf. Du gehst zu uns heim und bleibst dort so lange, bis dein Mann kommt, das Nötige regelt und alles vorbei ist.“ Er legt ihr den Mantel um die Schultern und führt sie in die Stille der Nacht. Schweigend halten sie nebeneinander Schritt. Voll Sorge blickt er mitunter auf die kleine Kameradin der Jugend, deren Gesichtchen weiß und schmal ein Leid verschweigt, das sich zu einem anderen drängt.

(Fortsetzung folgt)

# AUS UNSERER HEIMAT

## Sie wollten die Deutsche Einheit - schon vor hundert Jahren

Pfalz und Baden Bundesgenossen im Revolutionsjahr 1848/49

Da der revolutionäre Aufstand der Jahre 1848/49 aus einer gemeinsamen Wurzel seine Nahrung zog, kann es nicht wundernehmen, daß sich auch in seinem Ablauf die Gemeinsamkeit des Handelns zwischen Baden und der Pfalz zeigte. Die Verbindung zwischen den beiden Gebieten wurde besonders von der Pfalz gesucht und angestrebt, weil ihr Baden in der Verfolgung der demokratischen Ziele ein Stück voraus war und sich die Pfalz kaum auf eine militärische Macht stützen konnte.

Schon nach der Bildung des Landesverteidigungsausschusses am 4. Mai 1849 zu Kaiserslautern wurden die Pfäden aufgenommen und schließlich auch geknüpft. Man bediente sich hierzu des Literaten Friedrich Schütz aus Mainz, der im Frankfurter Parlament der äußersten Linken angehörte. Er erschien zu dieser Zeit als Gesandter der badischen revolutionären Gewalt in der Pfalz und beteiligte sich an der Einsetzung der provisorischen Regierung. Als badischer Abgesandter hatte sein Wort bei den Verhandlungen Gewicht und Ansehen. Die enge Verbindung zwischen Baden und der Pfalz kam schon gleich nach dem Fall der Festung Rastatt am 11. Mai 1849 zum Ausdruck. Damit hatte die badische Revolutionsarmee durch desertierte Soldaten einen so bedeutenden Zuwachs erhalten, daß in die Pfalz Verstärkungen entsandt werden konnten, die aus Heidelberg, Turnern und einer Abteilung von Arbeitern bestanden. Inzwischen regte Schütz in einer am 16. Mai von Ludwigshafen ausgehenden Depesche ein politisches Bündnis zwischen Baden und der Pfalz an.

Am folgenden Tag, den 17. Mai 1849, bestieg Schütz in der Fruchthalle zu Kaiserslautern, wo über die Ausrichtung einer provisorischen Regierung verhandelt wurde, die Rednertribüne. Er wies darauf hin, daß in Baden die Revolution die dortigen Zustände gleichsam im Spiel beseitigt habe und zeigte, wie die Pfalz mit der Bildung einer provisorischen Regierung vorangehen müsse, damit die anderen deutschen Provinzen nachfolgen würden. Er erklärte, Baden bietet mit offenem Herzen der Pfalz ein eigenes Schutz- und Trutzbünd-

nis an. Nachmittags um ein Uhr wurde die provisorische pfälzische Regierung ausgerufen. Im gleichen Augenblick ging eine Depesche über den Vorgang an Brentano ab. Schütz setzte den badischen Innenminister auch davon in Kenntnis, daß er der Volksversammlung ein Schutz- und Trutzbündnis vorgeschlagen habe. Das hätte allgemeinen Jubel ausgelöst und sei auch nicht ohne Einfluß auf die Abstimmung gewesen. Er hätte in diesem Zusammenhang eine gedrängte aber vollständige Darstellung der Ereignisse in Baden gegeben und den Pfälzern die Begeisterung und Freiheitsordnung in Baden vor Augen gestellt, um sie zu energischem Handeln anzuregen. Drei Stunden später ging eine weitere Depesche von Schütz nach Karlsruhe ab, in der er zu raschem Handeln in der politischen Einigung Baden-Pfalz drängte. Der Gedanke trete in der Pfalz immer offener zutage, weil sie sich allein zu schwach fühle und man glaube, daß der Bund zwischen Baden und der Pfalz zur wirklichen Einheit Deutschlands führe.

Inzwischen war aber am 16. Mai 1849 der Vertrag hierzu schon abgeschlossen worden, den die pfälzische Regierung am 18. Mai genehmigte. Er enthielt folgende Bestimmungen: 1. In militärischer Beziehung bilden Baden und die Rheinpfalz ein Land. 2. Das badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3. Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und die Pfalz verbinden, wird sofort abgeschafft. Die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen. 4. Die Einnahmen beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staat an.

Damit war der Auftrag von Schütz im wesentlichen erledigt. Angeregt durch den Frankfurter Abgeordneten Schöffel entschlossen sich die Pfalz und Baden, den Schutz der französischen Republik für die Unabhängigkeit der Pfalz anzurufen. Man entsandte darauf am

26. Mai 1849 den Frankfurter Abgeordneten und das Mitglied der provisorischen pfälzischen Regierung, Culmann aus Zweibrücken, und Schütz aus Mainz nach Paris. Schütz erhielt von der pfälzischen Regierung ein Beglaubigungsschreiben, das folgenden Wortlaut hatte: „Im Namen des Volkes der Pfalz! Durch Gegenwärtigen wird der Bürger Schütz aus Mainz, Mitglied der konstituierenden Versammlung zu Frankfurt zum Geschäftsträger für letztgenanntes Land (?) bei der französischen Regierung zu Paris ernannt. Er hat die besondere Mission, die diplomatischen Beziehungen, welche zwischen Frankreich und der Pfalz bestehen müssen, anzuknüpfen und sie zu unterhalten. Namentlich ist er von uns beauftragt, alles, was in seinen Kräften steht, anzubieten, auf daß die französische Regierung das Volk der Pfalz in ihren Schutz nehme, daß sie ihm Hilfe gewähre, entweder durch Zusendung von Kriegsmunition und Generalen oder auch dadurch, daß sie ihre Truppen gegen die Preußen marschieren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzufallen.“ Schütz hatte jedoch bei seiner Mission keinen Erfolg. Mitte Juni wurden bei ihm und anderen pfälzischen und badischen Deputierten in Paris Hausdurchsuchungen vorgenommen und ihre Papiere beschlagnahmt.

Am 13. Juni rückte ein preussisches Armeekorps zur Unterdrückung des badisch-pfälz-

ischen Aufstandes in die Pfalz ein. Das veranlaßte den provisorischen Landesausschuß der Volksvereine Baden zu einem Aufruf an das badische Volk, in dem es hieß: „Mitleid! Soeben erhalten wir die Nachricht, daß preussische Truppen in Rheinbayern einrücken, um die wackeren Pfälzer, die ja nichts weiter von ihrer Regierung verlangen als die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anzuerkennen, mit roher Waffengewalt niederzuhalten und zum Schweigen zu bringen. Das Pfälzer Volk wird aber nicht schweigen, nein, es wird in der Tat den kräftigsten Widerstand leisten.“

Das Unglück konnte jedoch nicht mehr abgewendet werden. Am 21. Juni 1849 überschritten die Preußen morgens um zwei Uhr die Rheinbrücke bei Germersheim, nachdem das pfälzische Volkshier von ihnen vertrieben und zum Teil nach Baden geflüchtet war. Zwei Tage vorher verkündete der Prinz von Preußen als der Oberbefehlshaber der preussischen Operationsarmee am Rhein von Neustadt aus für das gesamte Großherzogtum Baden den Kriegszustand. Es wurde nach dem Übergang über den Rhein den preussischen Truppen wohl Widerstand entgegengesetzt, aber das Gefecht bei Waghäusel am 22. Juni entschied bereits das Schicksal der Aufständischen. 5000 Mann von ihnen zogen sich in die Festung Rastatt zurück und hielten dort der Belagerung bis zum 23. Juli 1849 stand. Damit war die Revolution in Südwestdeutschland endgültig besiegt, die mit so viel Begeisterung und Verwegenheit begonnen worden war. -in-

## Taufendmal „Südwestdeutsche Heimatpost“

Im Mai des Jahres 1949 begann eine Sendereihe des Süddeutschen Rundfunks, die zuerst ganz bescheidenen Umfang hatte und nur dreimal wöchentlich an das Ohr zahlreicher Rundfunkhörer Württembergs, Badens, der Pfalz und des Bodenseegebietes drang, nämlich die „Südwestdeutsche Heimatpost“. Im Verlauf von zwei Jahren wurde diese wohl volkstümlichste Sendung des Süddeutschen Rundfunks zum Lieblingsprogramm vieler Hörer. Dies beweisen nicht nur ungezählte Manuskripte, die von Lesern und Schriftstellern zur Verfügung gestellt werden, sondern auch täglich eine Reihe von Briefen, in denen Dank und Lob über diese zeitlich immer noch kleine Sendung enthalten ist. Schon wenige Monate nach ihrem ersten Erscheinen mußte die „Südwestdeutsche Heimatpost“ den Hörern täglich ins Haus geliefert werden, und seit fast ein Jahr, seit Januar 1950, wird sie sogar täglich zweimal gesendet: vormittags 6.45 Uhr und nachmittags 17.45 Uhr, bzw. samstags 18.45 Uhr.

Die „Südwestdeutsche Heimatpost“ will nicht nur einzelne Hörsendungen oder Landstrichgespräche ansprechen, sondern den ganzen deutschen Südwesten. Von der Pfalz bis zum Lech und vom Main bis zum Bodensee reicht ihr Verbreitungsgebiet und die Beliebtheit der Sendung ist außerhalb des Bereiches des Süddeutschen Rundfunks ebenso groß wie im eigenen Gebiet.

Im Wechsel der Mundarten bringt die Heimatpost kurzgefaßte, anmutige Bilder aus den schönsten Teilen aller Landschaften des Südwestraumes, Darstellungen bekannter Volksfeste, ernste und heitere Beiträge in Poesie und Prosa, szenisch dargestellte Anekdoten. Es sind Gedekensendungen für Dichter, Maler und Komponisten der Heimat darunter, die Lebensschicksale berühmter Vorfahren; eine ganze Skala verschiedenartiger Bräuche wird aufgezeigt. Neben ergötzlichen Geschichten hört man aufschlußreiche Berichte und Schilderungen heimatkundlicher und landschaftlicher Art. Daneben kommen regelmäßig lebende Mundartdichter, mehrerer Dialekte zum Wort. Mit das Schönste

an der Süddeutschen Heimatpost ist, wenn Samstagabends die Glocken einer kleinen Dorfkirche in Baden, eines Klosters in Oberschwaben oder gar des Ulmer Münsters weihvoll und gewaltig den Sonntag einläuten.

In diesen Tagen ist mit dem Klang der Abendglocken ein besonderes Ereignis verbunden: zum 1000. Male wurde die Südwestdeutsche Heimatpost ihren Hörern gesendet. Das ist ein Jubiläum, wie es der Süddeutsche Rundfunk in den Jahren seines Nachkriegsdaseins noch nicht feiern durfte.

Woher stammen das Material und die vielfältigen Nachrichten dieser Sendung. Es wird ja neben den allgemeinen Sendungen auch unserer großen Männer gedacht, es werden die besonderen Tage im Laufe des Jahres festgehalten und dazu noch Nachrichten aus Südwestdeutschland den Hörern aus Württemberg, Baden und Hohenzollern, aus der Pfalz und aus Schwaben-Neuburg vermittelt. Die ganze Sendung wird jeweils in einen entsprechenden musikalischen Rahmen gebracht. Die Nachrichten erhält die „Südwestdeutsche Heimatpost“ von rund 180 Korrespondenten, die auf das ganze Gebiet von Zweibrücken bis Augsburg von Aschaffenburg bis Singen verteilt sind. In enger Zusammenarbeit mit den Volkskundlern und Heimatforschern des ganzen Südwestens entsteht so das Programm. Fahrten mit dem roten Übertragungswagen zu Tonbandaufnahmen bei den besten Volkslied- und Volksmusikgruppen des weiten Landes ermöglichen es, den echten Ton in die Sendung hineinzufragen, der zu ihrer Beliebtheit viel beitrug.

Kurz vor der 1000. Sendung wurden die Verantwortlichen der Südwestdeutschen Heimatpost gefragt, ob ihnen der Stoff nicht ausgebe. Ihre Antwort war mehr als zurecht und läßt erwarten, daß die beliebte Sendung nach wie vor, vielleicht auch einmal in erweitertem Umfang, gebracht werden wird; die Antwort lautete nämlich: „Den nächsten 3000 Heimatpostsendungen können wir mit Gelassenheit entgegensehen“ — und wir mit großer Freude und froher Erwartung.

## Brunnenfranz - der Trompeter von Bretten

Wie er eigentlich mit seinem rechten Taufnamen geheißen hat, weiß heute niemand mehr, denn alle Welt nannte ihn nur den Brunnenfranz. So vor mehr als 100 Jahren war er der beste Brunnenbauer weit im Umkreis und hatte sich über Arbeitsmangel niemals zu beklagen. Das war aber nur die eine, man kann sagen die materielle Seite seines Daseins. Die andere, ideale, zeigte er, wenn er den goldglänzenden Messinghelm auf dem Kopf mit dem ebenso hell strahlenden Horn an den Lippen die Signale schmetterte, die alle Buben begeisterten.

Auch die Brettenbürger hatten eingesehen, daß ihre Feuerschutzeinrichtungen nicht mehr ganz der Zeit entsprachen, und da sie immer für den Fortschritt waren, wenn er nicht allzuviel Geld kostete, so wurde eine Feuerwehrgesellschaft gegründet. Und dazu gehörte in allererster Linie ein Trompeter, denn was ist der Kommandant ohne diesen Künder seiner Befehle? Zu diesem Amte war der Brunnenfranz wie geschaffen.

So lebte der Brunnenfranz geachtet und zufrieden manches Jahr dahin. Brunnen mauern und Trompete blasend, bis die sieben fetten Kühe des Pharaos den sieben mageren Platz machten, Mitternachts und Unruhen im Lande hervorriefen und Handel und Wandel ins Stocken kam. Das spürte auch der Brunnenfranz, kein Mensch wollte mehr bauen. So kam es, daß nach und nach die Viertel weg-

fallen mußten, dann wurden die Brotkranken zu preussischen „Schnitten“, und schließlich an einem schönen Abend war weder Brot noch Geld da und die Kartoffelkiste zeigte den blanken Boden. Dem Maurer wurde es eng um die Weste, hungrig legte er sich mit dem Seinen zu Bett und noch lange plagte er sich mit schweren Gedanken und Sorgen, bis ihn endlich der Schlaf überwältigte.

Da gaukelten ihm die Träume ein Land vor, in dem es alles gab, was ein heißes Maurerherz erfreuen konnte und plötzlich schien es ihm, als ob irgend jemand Feuer schreien würde. Noch halb im Schlaf richtete er sich auf und hörte nun tatsächlich Geschrei und Rufe, brachte aber seine Sinne immer noch nicht so recht zusammen, bis einer an den Laden schlug und schrie „'s brennt!“. Da fiel ihm ein, daß er ja als Feuerwehrtrompeter die Pflicht hatte, Feueralarm zu blasen und mit einem Satz war er in den Hosen und riß das Horn von der Wand. Als er nun gerüstet vor das Haus trat und sah, daß das Hintergebäude des reichen Kronenwirtes in lichten Flammen stand, da fiel ihm ein, daß damit seine Not ein Ende haben würde. Er setzte das Horn an die Lippen und statt des Alarmsignals, wie es die Vorschrift für die Feuerwehrlinien verlangte, blies er jene Weise, die ihm sein dankbares Herz eingab, nämlich die Weise des altvertrauten Choralis „Wie groß ist des Allmächtigen Güte.“ Rudolf Groll

## Der Dieb, der in die Butter biß

Wiederaufbau des Landeskriminalmuseums  
Kriminaldirektor a. D. Karl Weigel sammelt zertrümmerte Totenschädel, blutbefleckte Beile und Einbrecherwerkzeuge wie andere pensionierte Beamte Briefmarken oder Münzen. Derartige unheimliche Dinge benötigt er zum Wiederaufbau des Badischen Landeskriminalmuseums, das in erster Linie der Unterrichtung und Ausbildung junger Polizeibeamten dienen soll. Nach dem Kriege mußte man sich hier wieder ganz von vorne anfangen. Das 1908 von der ehemaligen großherzoglich-badischen Gendarmerschule gegründete Kriminalmuseum — bekannt durch die erste große deutsche Polizeiausstellung im Jahre 1925 — wurde in den turbulenten Tagen des Zusammenbruchs nahezu restlos ausgeplündert. Die französischen Besatzungssoldaten holten — sicher ist sicher — selbst die von Rost zerfressenen Steinschloßpistolen heraus. Was übrig blieb, konnten deutsche Zivilisten gebrauchen. Ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß sich damals dieser oder jener Spitzbube im Kriminalmuseum mit neuen Einbruchswerkzeugen ausstaffierte.

Vor zwei Jahren begann der über 60 Jahre alte, einstige Mannheimer und Freiburger Kriminaldirektor mit dem Wiederaufbau der für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Sammlung in zwei Räumen der ehemaligen Kaserne in Karlsruhe-Durlach, die augenblicklich der nordbadischen Landespolizei als Schule dient. Der Grundstock waren einige Hand- und Fußfesseln mit vorsintflutlichen Schlössern und eine Prangerhalskrause aus dem Mittelalter, die, weil niemand damit etwas anzufangen wußte, von den zum größten Teil einmaligen Gegenständen des alten Karlsruher Kriminalmuseums erhalten geblieben waren. Kriminaldirektor a. D. Weigel ging dann von Gericht zu Gericht und bat um Überlassung von corpus delicti. Er ließ sich

die Gerichtsakten aus und stellte in langen Nächten das Material für das neue Kriminalarchiv zusammen. Für jeden Fall eine eigene Mappe mit Fotografien und Skizzen, mit Beschreibungen des Täters und seines Verbrechens, mit einer eingehenden Schilderung der polizeilichen Aufklärungsarbeit und zum Schluß Zeitungsberichte über den Gerichtsprozeß. Heute liegen bereits mehrere hundert solcher Mappen in dem Schrank des Kriminalmuseums — fast täglich kommt eine neue hinzu.

Jeder Gegenstand, den der Kriminaldirektor sammelt und sorgfältig registriert, hat seine Geschichte. Meist ist es eine blutige. Der in fast hundert Stücke zertrümmerte Schädel im Glasschrank gehörte einem jungen Mädchen, dessen Leiche von spielenden Kindern auf dem Heidelberger Philosophenweg gefunden wurde. Restlos konnte die Tat nicht aufgeklärt werden, obwohl sich der Täter selbst verriet. An der Fundstelle der Leiche machte sich nämlich ein 25 Jahre alter Mann aus Bonn durch sein Interesse für Einzelheiten verdächtig. Er gab sich als Vertreter der Staatsanwaltschaft aus. Die Kriminalpolizei kam bald dahinter, daß dieser Mann mit dem tot aufgefundenen Mädchen befreundet gewesen war, in seiner Begleitung war es zuletzt gesehen worden. Der Verdacht, er habe das Mädchen erschlagen, um sich deren Habseligkeiten anzueignen, bestand zwar sehr stark, aber völlig beweisen konnte man es ihm nicht. Vor Gericht gab der Mann an, er habe seine Freundin im Eifersuchtsstreit mit einer Schreiblampe erschlagen. Wo dies geschah, wo die Lampe verblieb, war nicht zu ermitteln. Auch wer die Leiche auf den Philosophenweg schaffte, wird ein Geheimnis bleiben. Da die Beweise für einen vorerregten Mord fehlten, konnte das Urteil nur wegen Totschlag auf mehrere Jahre Zuchthaus lauten.

Mit dem etwa einen halben Meter langen Stück Holz, das neben dem sorgfältig wieder zusammengesetzten Schädel des Mädchens aus

Heidelberg liegt, ist einer der seltsamsten Fälle der jüngeren Kriminalgeschichte verknüpft. In dem badischen Dorf Graben wurde eines Morgens eine 50 Jahre alte Bäuerin, die im Orte als säklich verschrien war, im Bett tot aufgefunden. Dieses Bett, ein altes Dreiecksbett, stand eigenartigerweise nicht im Schlafzimmer, sondern im Stall. Der Sohn erklärte hierzu, seine Mutter habe im Sommer wegen der Hitze stets in dem kühleren Stall geschlafen. Neben der Toten, die eine Schädelverletzung aufwies, lag jenes Stück Holz. Die Polizei stand zunächst vor einem Rätsel. Es sah nach Mord aus, jedoch vom Täter keine Spuren, nichts war gestohlen. Beim Absuchen des Stalles entdeckte man schließlich in der Decke ein Loch, das genau so groß war wie das neben der Toten aufgefundenen Stück Holz. Zehn, zwanzig Versuche wurden angestellt, dann hatte man die Lösung gefunden. Das Stück Holz, ein sogenannter Sparren hatte sich in der Nacht von der morsch gewordenen Decke gelöst und war der schlafenden Frau genau auf den empfindlichsten Teil des Kopfes, nämlich hinter das Ohr, gefallen. Sie war sofort tot. Der Staatsanwalt schloß die Akten — aber der Sohn der Toten will heute noch nicht glauben, daß seine Mutter nicht von einem ihr feindlich gesinnten Nachbarn erschlagen worden sei.

Schließlich noch die Geschichte vom Dieb, der in die Butter biß und dessen Geiß ebenfalls als stummer Zeuge im Kriminalmuseum liegt: In einem Lebensmittelgeschäft war eingebrochen worden. Der allem Anschein nach recht hungrige Dieb hatte, während er seinen Raub zusammenpackte, in ein Stück Butter gebissen und es dann liegen lassen. Fein säuberlich war der Abdruck seiner Zähne zu sehen. Die Polizei machte einen Gipsabdruck, und sehr rasch hatte man den 18 Jahre alten Spitzbuben.

„Die Brüder verraten sich meist selbst. Man muß als Kriminalist die Augen offenhalten“, schmunzelt Kriminaldirektor a. D. Weigel.

## „Das Tor zum Frieden“

Großer Marienfilm in Baden-Baden

Der große Marien-Film der österreichischen Lambach-Film-Produktion „Das Tor zum Frieden“, der nun in verschiedenen westdeutschen Städten anläuft, wurde auch in Baden-Baden gezeigt. Unter der Gesamtleitung der schon als Verfasserin von Lesenspielen bekannt gewordenen Autorin Leopoldine Th. Kyta, die das Drehbuch unter dem Eindruck einer Wallfahrt zu der Muttergottes-Statue von Marizell schrieb, hat Wolfgang Liebenauer mit Hilde Krahl, Paul Hartmann, Wilma Degischer, Walter Ladengast und Gisa Wurm in den Hauptrollen einen Film geschaffen, dem anzumerken ist, daß er aus einem unmittelbaren religiösen Erlebnis heraus entstand.

Mit dem Untertitel „Eine moderne Legende“ schildert er das Schicksal einer ungarischen Gutbesitzer-Familie, die durch zwei Generationen von einem Abbild der Muttergottes-Statue von Marizell begleitet wird. Die Statue befindet sich auch in dem kärglichen Flüchtlingsgepäck, das während des Krieges auf der Flucht nach der Steiermark gerettet werden kann und bestimmt das Schicksal der Familie im Guten wie im Bösen, bis sich die zum Teil verstreuten Familienmitglieder unter dem Urbild der Statue im Mariendom von Marizell wiederfinden und den verlorenen inneren Frieden wiedergewinnen.

Das eigentlich Bezeichnende an dem Film ist, daß er sich, soweit es nur geht, auf das Bild — rein fotografische Aufnahmen von größter Ausdruckskraft — und auf die Musik stützt, die Professor Bert Rudolf in Anlehnung an alte Marienlieder geschrieben hat.

Der ausgeprägte Kontrast zwischen der mit fast nüchternen Realistik geschilderten Rahmenhandlung und den mit allen fotografischen Mitteln untermalten Prozessionen und gottesdienstlichen Handlungen im Dom von Marizell geben dem Film eine ungewöhnliche dramatische Spannung.